

Persistente Arbeitslosigkeit aus keynesianischer Sicht

Erik Klär, DIW Berlin*

English Summary

Keynes' introductory chapter 2 of his "General Theory of Employment, Interest and Money" is centred around the alleged direct link between real wage developments and employment. Keynes leaves no doubt about the reservations he harbours concerning this classical postulate, but he repeatedly states that his detailed discussion of the classical position will have to wait till the 19th chapter – 17 chapters later. The intermediate chapters of his theory contain what needs to be developed first in order to finally go about the full-scale critique of the classical approach to the theory of employment. And it is here that Keynes' "Principle of Effective Demand" (chapter 3) first comes into play. The subsequent analysis, including his ground-breaking liquidity preference theory – spelling out the IS problem in the first place – ultimately serves as a vehicle to explain why, in an entrepreneurial economy based on monetary transactions, the volume of effective demand can fall short of the amount required for full employment, and protracted periods of underemployment are possible. Keynes criticises classical economics for relying on assumptions that are not fulfilled in a monetary economy he depicts in the "General Theory", and which lead to inadequate policy conclusions in a variety of areas. He writes in his introduction:

"Those who think in this [classical] way are deceived [...] by an optical illusion, which makes two essentially different activities appear to be the same. They are fallaciously supposing that there is a nexus which unites decisions to abstain from present consumption with decisions to provide for future consumption; whereas the motives which determine the latter are not linked in any simple way with the motives which determine the former. [...] Granted this, all the rest follows — the social advantages of private and national thrift, the traditional attitude towards the rate of interest, the classical theory of unemployment, the quantity theory of money, the unqualified advantages of laissez-faire in respect of foreign trade and much else which we shall have to question." (Keynes 1936, Ch. 2, Sc. VI)

The problem with contemporary macroeconomics, then, is that "those who think in this way" once more form the overwhelming majority, and in particular that Keynes' principle of effective demand has all but vanished from the economic debate.

* Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute. The author wishes to thank the participants of the First Annual Meeting of the Keynes Society in Stuttgart in March 2006, and particularly Prof. Jürgen Kromphardt for valuable comments. All remaining errors are the author's.

Im März letzten Jahres haben meine Kollegen und ich im Bundeswirtschaftsministerium die Zwischenergebnisse unserer Studie zu gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für die Rückkehr zur Vollbeschäftigung in Deutschland vorgestellt. Unser Diskutant war Professor Iain Begg von der London School of Economics. Seinen Kommentar begann er damit, dass er uns seinen Schätzansatz für die „natural rate of unemployment“, die natürliche Arbeitslosenquote, verriet: „Die natürliche Arbeitslosigkeit ist gleich der tatsächlichen Arbeitslosigkeit, plus/minus zwei Prozent.“

Das war Beggs Auflockerung zu Beginn. Sieht man genauer hin, bringt diese Einschätzung aber darüber hinaus den prinzipiellen Unterschied zwischen der Beurteilung des Arbeitslosigkeitsproblems durch den neoklassischen Mainstream und den heterodoxen Keynesianismus zum Ausdruck. Das können Sie wunderbar schon daran sehen, dass die bei dem Workshop anwesenden, neoklassisch orientierten Kollegen aus Kiel, an die die Studie parallel vergeben wurde, ebenso über diesen simplen „Schätzansatz“ schmunzeln konnten wie wir. Natürlich aus anderen Gründen.

Aus neoklassischer Sicht ist die Höhe der Arbeitslosigkeit jenseits der kurzen Frist zwingend strukturell bedingt. Steigende Arbeitslosigkeit ist Folge einer Verschlechterung der institutionellen Bedingungen am Arbeitsmarkt: mangelndes Matching von Arbeitssuchenden und verfügbaren Stellen, ungenügende Anreize zur Arbeitsaufnahme seitens Arbeitsloser bzw. zur Bereitstellung von Arbeitsstellen seitens der Unternehmen, und – und nicht zuletzt – Rigiditäten, die ein Absinken der Reallöhne auf ein mit zunehmender Beschäftigung verbundenes Niveau verhindern. Diese Überlegung stützt sich auf die klassische Definition der „natural rate“ durch Friedman:

„[The Natural Rate of Unemployment is] the level that would be ground out by the Walrasian system of general equilibrium equations, provided there is imbedded in them the actual structural characteristics of the labor and commodity markets, including market imperfections, stochastic volatility in demands and supplies, the cost of gathering information about job vacancies and labour availabilities, the costs of mobility, and so on.“ (Friedman, 1968, S. 8)

Maßnahmen der Wirtschaftspolitik sind in dieser Konzeption möglicherweise kurzfristig in der Lage, die tatsächliche Arbeitslosigkeit unter ihr „natürliches“ Niveau zu senken. Mittelfristig jedoch mündet ein solches Vorgehen bei Fortbestehen der strukturellen Mängel zwangsläufig zum Preisauftrieb, auf den die Zentralbank mit steigenden Zinsen reagieren muss, was zu einer Verringerung der Investitionstätigkeit und einem Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit in den „natürlichen“ Bereich führt. Umgekehrt fungiert ein Verharren der tatsächlichen Arbeitslosigkeit oberhalb der „natürlichen“ Quote über kurz oder lang als Bremse

für Lohnzuwächse, wirkt so disinflationär und ermöglicht eine expansivere Geldpolitik, die die Investitionstätigkeit anzuregen und auf diesem Weg eine Zunahme der Beschäftigung auszulösen vermag. Sie sehen, inwiefern also aus neoklassischer Sicht die tatsächliche Arbeitslosigkeit einen guten Schätzer für die „natural rate“ darstellt. Sie tendiert stets in Richtung ihres „natürlichen“ Niveaus.

Aus einer erweiterten keynesianischen Sicht, die wir im Gutachten vertreten haben, stellt sich der Zusammenhang exakt umgekehrt dar: Die tatsächliche Arbeitslosigkeit hängt ab von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und die natürliche Arbeitslosigkeit folgt in ihrer Entwicklung der tatsächlichen. Lassen Sie mich erläutern: Entscheidend für den Umfang der Beschäftigung in einer Volkswirtschaft sind bei Keynes die Unternehmen, die *unter Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Entwicklung* Erwartungen über ihre Absatzaussichten bilden und auf dieser Basis und mit dem Ziel der (*Geld-*)Profitmaximierung Investitionsentscheidungen treffen. Die effektive Nachfrage, die die Investitionsausgaben der Unternehmen zusammen mit dem Konsum privater Haushalte und des Staates entfalten, bestimmt das Beschäftigungsniveau – die von der Neoklassik betonten strukturellen Faktoren sind dabei grundsätzlich zweitrangig. Das bedeutet allerdings nicht unbedingt, dass das Konzept der „natürlichen“ Arbeitslosigkeit irrelevant wird. Es behält eine Bedeutung, die sich klarer erfassen lässt, wenn man für die „natural rate“ das Konzept der NAIRU heranzieht – jenes Niveau der Arbeitslosigkeit, bei dem sich der allgemeine Preisauftrieb nicht verstärkt. Ein solches Niveau muss aber nicht im Bereich der Vollbeschäftigung liegen. Angenommen, eine konjunkturelle Überhitzung mit ansteigender Inflation wird durch die Zentralbank gebremst. Es kommt zur Rezession, die Arbeitslosigkeit steigt, der Preisauftrieb geht zurück. Die folgende konjunkturelle Erholung kann zum Rückgang der Arbeitslosigkeit führen, muss es aber nicht. Die Inflation kann sich von keynesianischer Warte aus betrachtet ebenso gut bei 5% Arbeitslosigkeit stabilisieren wie bei 10%.

Bleibt aber die tatsächliche Arbeitslosigkeit dauerhaft hoch, kann dies Auswirkungen auf die NAIRU haben. Ich denke dabei an Hystereseffekte an Arbeitsmärkten und mit Blick auf den Kapitalstock. Durch Arbeitsmarkthysterese nimmt die Chance Erwerbsloser auf Wiedereinstieg ins Berufsleben mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit aus verschiedenen Gründen ab. Betont wurde der Verlust von Humankapital bei den Arbeitslosen: Fertigkeiten, die über längere Zeit nicht angewendet werden, verkümmern oder verlieren aufgrund von Veränderungen in den Arbeitsprozessen zunehmend an Bedeutung. Blanchard und andere haben darauf hingewiesen, dass gerade Langzeitarbeitslose sich einer negativen Wahrnehmung durch potentielle Arbeitgeber ausgesetzt sehen, was ihre Chancen auf Wiedereinstellung verschlechtert

– nicht zuletzt aufgrund der vorgenannten Überlegungen zum Verlust von Fertigkeiten in langen Phasen ohne feste Beschäftigung. Umgekehrt, so Layard und Nickell, hat länger andauernde Arbeitslosigkeit auch ungünstige Auswirkungen auf die Suchbemühungen der Arbeitslosen. Die Anpassung an die neuen Lebensumstände kann ein Grund hierfür sein, ebenso wie wachsende Frustration infolge wiederholt erfahrener Absagen. All diese Überlegungen, die die Insider-Outsider-Problematik am Arbeitsmarkt verschärfen, lassen sich im neoklassischen Sinne als strukturelle Probleme interpretieren, selbst wenn ihre eigentliche Ursache einmal konjunktureller Natur war.

Hinzu kommt die Möglichkeit der Kapitalstockhysterese, die die Situation zusätzlich erschweren kann. In Phasen lang anhaltender konjunktureller Stagnation aufgrund mangelnder Nachfrage ist es unvermeidlich, dass sich der volkswirtschaftliche Kapitalstock zunehmend an das neue, niedrigere Produktionsniveau anpasst, das mit weniger Kapital und einer geringeren Zahl von effektiv Beschäftigten zu erreichen ist. Das Problem spiegelt sich in den Wachstumspotentialschätzungen, die (freilich schon als Folge der verwendeten statistischen Verfahren) mit zunehmender Dauer der Stagnation immer weiter nach unten korrigiert werden. Selbst ein positiver Nachfrageschock hat dann möglicherweise aber nicht den Effekt, die Beschäftigung zügig wieder zu erhöhen, weil Kapitalknappheit auftritt – die ebenfalls als ein angebotsseitiges Hindernis für den Abbau der Arbeitslosigkeit interpretiert werden kann.

Wenn man diesen Überlegungen zur Persistenz von Arbeitslosigkeit Bedeutung beimisst, hat dies Auswirkungen für die Beurteilung der Effektivität klassischer keynesianischer Nachfragesteuerung zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Denn die Argumentation, wonach sich die natürliche Arbeitslosigkeit der tatsächlichen annähert, bedeutet ja letztlich nichts anderes, als dass sich ein keynesianisches Unterbeschäftigungsgleichgewicht mit der Zeit in ein neoklassisches Gleichgewicht verwandelt, in dem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch „strukturelle Reformen“ voraussetzt. Dies ist ein Problem, der sicherlich noch zu diskutieren sein wird: Funktioniert Hysterese auch in der Gegenrichtung? Brauchen wir den „two-handed approach“, und wie kann dieser in der Praxis aussehen?

Das für die fundamentale keynesianische Position zur Beschäftigungsentwicklung dringlichere Problem scheint mir allerdings zu sein, dass sie überhaupt in der Debatte so gut wie keine Rolle spielt. Nehmen Sie etwa den jüngsten Artikel von Olivier Blanchard zum Thema „European Unemployment – The Evolution of Facts and Ideas“, erschienen als NBER-Paper im vergangenen November. Blanchard erläutert, was ökonomische Theorie und empirische Forschung zur Erklärung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Europa in den letzten 30 Jahren beigetragen haben. Keynesianische Überlegungen tauchen zwar auf, aber eben nur im neu-

keynesianischen Gewand, zur Mikrofundierung von Lohnrigiditäten, die sich auf Effizienzlohn- oder Insider-Outsider- oder ähnliche Erwägungen stützt. Auf diese Weise lässt sich der keynesianische Beitrag in Friedmans klassische Definition der „natural rate“ integrieren, und zwar als eine jener „market imperfections“, die in einem nicht perfekt-walrasianischen System zu Arbeitslosigkeit führen. Die Zielsetzung kann dann die neoklassische bleiben: Blanchard versucht, den Verlauf der „natürlichen“ Arbeitslosenquote zu erklären, den er gleich zu Beginn des Papiers mittels der Annahme schätzt, dass die natürliche in Phasen stabiler Inflation mit der tatsächlichen Arbeitslosigkeit identisch sein muss. Zu identifizieren sind dann im Wesentlichen die Faktoren, die dazu geführt haben, dass der tatsächlich erzielte Reallohn auf einem Niveau über dem zu rechtfertigenden Reallohn verharren konnte. Der Umfang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage als Determinante der Beschäftigung dagegen bleibt im gesamten Survey Blanchards praktisch unerwähnt. Um fair zu bleiben: die Schocks, auf deren Rolle bei der Entstehung der Arbeitslosigkeit Blanchard selbst in der bekannten Studie mit Wolfers selbst ausdrücklich hingewiesen hat, können natürlich auch auf eine unangemessene Makropolitik (restriktive Zinspolitik, Einschränkung der Staatsausgaben, insbesondere im Bereich der Investitionen) zurückzuführen sein, die die Nachfrageentwicklung beeinträchtigt haben. Der Fokus gilt aber unleugbar den institutionellen Ursachen für die Persistenz der hohen Arbeitslosigkeit und weniger den eigentlichen Gründen für ihren Anstieg. Oder anders: Erklärt wird, warum die tatsächliche Arbeitslosigkeit sich *unter gegebenen makroökonomischen Bedingungen* der institutionell bestimmten natürlichen Quote anpasst. In diesem Sinne ist das Vorgehen neoklassisch.

Dass das mit Keynes ursprünglichen Erwägungen zur Beschäftigungsproblematik nur am Rande zu tun hat, hat als einer der wenigen „Mainstream-Keynesianer“ James Tobin immer wieder herausgestellt – nicht zuletzt eben in Reaktion auf neukeynesianische Ökonomen, die sich die Mikrofundierung von Lohn- und Preisrigiditäten als angeblich zentraler Keynes'scher Botschaft auf die Fahnen geschrieben haben. Tatsächlich hat Keynes unmissverständlich darauf hingewiesen, dass sich in einer makroökonomischen Betrachtung, die auf dem Prinzip der effektiven Nachfrage basiert, eine stärkere Lohn- und Preisflexibilität sogar negativ auf die wirtschaftliche Aktivität auswirken kann. Der Einfluss der Reallöhne auf die Höhe der Beschäftigung ergibt sich nach Keynes lediglich indirekt über ihren Einfluss auf die aggregierte Nachfrage, wobei eine Reihe von Effekten mit verschiedener Wirkungsrichtung berücksichtigt werden muss. Sinkende Löhne sind daher keine Garantie für steigende Beschäftigung. Keynes schreibt im 19. Kapitel der *General Theory*:

“[T]he demand schedules for particular industries can only be constructed on some fixed assumption as to the nature of the demand and supply schedules of other industries and as to the amount of the aggregate effective demand. It is invalid, therefore, to transfer the argument to industry as a whole unless we also transfer our assumption that the aggregate effective demand is fixed. Yet this assumption reduces the argument to an *ignoratio elenchi*. For, whilst no one would wish to deny the proposition that a reduction in money-wages accompanied by the same aggregate effective demand as before will be associated with an increase in employment, the precise question at issue is whether the reduction in money-wages will or will not be accompanied by the same aggregate effective demand as before measured in money, or, at any rate, by an aggregate effective demand which is not reduced in full proportion to the reduction in money wages. [...] But if the classical theory is not allowed to extend by analogy its conclusions in respect of a particular industry to industry as a whole, it is wholly unable to answer the question what effect on employment a reduction in money-wages will have.”

(Keynes 1936, Ch. 19, Sc. 1)

Unglücklicherweise ist jene Erkenntnis aus der Mainstream-Debatte nahezu vollständig verschwunden. Die ökonomische Zunft folgt in ihrer breiten Mehrheit der neoklassischen Interpretation, wonach das Grenzprodukt des Faktors Arbeit den markträumenden Reallohn bestimmt. Diese Interpretation geht im Prinzip bis auf Patinkin zurück, der in seinem Buch *Money, Interest and Prices* die Grenzprodukttheorie des Reallohns auch im Fall unzureichender effektiver Nachfrage (also etwa bei Versagen des Realkasseneffektes) verteidigte:

„For though it is obvious that there must be some connection between the firms’ output of commodities and their input of labor, this connection is not explicit in our demand function for labor [...] this function depends only on the real wage rate, and not on the volume of output. Furthermore, it must be emphasized that this absence of an express dependence on the volume of output is not a property peculiar to our function, but one that holds for any labor demand function derived in the standard way from the principle of profit maximization.” (Patinkin, 1965, S. 318-319)

Wenn man das akzeptiert, ergibt sich praktisch zwangsläufig die natural rate Hypothese, und die Bedeutung der Nachfrage für die Beschäftigungsentwicklung wird verneint. Leijonhufvud hat dies kürzlich noch einmal hervorgehoben: „With the natural rate, Say’s Law reentered macroeconomics. Once again, supply created its own demand [and] aggregate demand management lost any theoretical rationale. Macropolicy had to be supply-side policy.” (Leijonhufvud, 2004, S. 811).

Dieses Vorgehen ist jedoch aus keynesianischer Sicht unbefriedigend, und dies aus mindestens zwei Gründen. Zum einen bezieht sich Patinkins Analyse des „standard way“ der Ableitung einer Arbeitsnachfragekurve auf den Fall des Mengenanpassers unter vollständiger Konkurrenz. Nur in diesem Fall ist das Gewinnmaximum erreicht, wenn der Reallohn dem physischen Grenzprodukt entspricht und damit der Nominallohn dem Wert dieses Grenzpro-

dukts bei gegebenem Preis. Bei unvollständiger Konkurrenz hingegen folgt aus mikroökonomischen Überlegungen, dass ein gewinnmaximierender Unternehmer, der einer fallenden Preisabsatzfunktion gegenübersteht, zwar auch nur so lange Arbeitskräfte einstellt, wie das Grenzprodukt der Arbeit mindestens so hoch ist wie der Reallohn, dass aber bei monopolistischer Konkurrenz das Wertgrenzprodukt kleiner ist als das physische Grenzprodukt multipliziert mit dem vorgegebenen Preis, weil jetzt die erzielbaren Preise negativ von den gewählten Mengen abhängen. Die Ableitung des gewinnmaximalen Arbeitseinsatzes kann dann analog zur Bestimmung des optimalen Kapitaleinsatzes nach Jorgenson (1963) erfolgen.

Nun hat Keynes selbst hat aus dem Argument monopolistischer Marktverfassung weniger gemacht, als man hätte annehmen können, wenn man bedenkt, dass die „imperfect competition revolution“ – die mit dem Namen Richard Kahn verbunden ist – vor Keynes' Haustür in Cambridge stattfand. Wenn man allerdings akzeptiert, dass für Keynes das Prinzip der effektiven Nachfrage die Basis seiner Kritik an der klassischen Beschäftigungstheorie darstellte, wird schnell deutlich, dass eine Stützung seiner Argumentation durch Überlegungen zum unvollkommenen Wettbewerb die Reichweite dieser Kritik vermindert hätte, denn diese gilt auch bei vollkommener Konkurrenz. Keynes bestreitet nicht, dass der Reallohn des zuletzt eingestellten Arbeiters dessen Grenzprodukt entsprechen muss, sondern dass jener Reallohn und jenes Beschäftigungsniveau, die mit jedem Umfang effektiver Nachfrage verbunden sind, nicht zwangsläufig mit Vollbeschäftigung einhergehen. Die Postkeynesianer um Weintraub, Davidson und Smolensky haben auf den Keynes'schen Überlegungen aufbauend gezeigt, wie sich anhand einer aus „effective demand points“ bestehenden Gesamtnachfragefunktion eine aggregierte Arbeitsnachfragekurve für profitmaximierende Unternehmer ableiten lässt, die eben gerade *nicht* der Grenzproduktkurve der Arbeit entspricht. Das Ergebnis hat Paul Davidson einmal pointiert zum Ausdruck gebracht:

„In a monetary economy, unemployed workers have no mechanism available to them to induce entrepreneurs to change their production, hiring and pricing decisions and hire *additional* workers as long as the entrepreneurs' profit-maximising expectations are met. Even if the unemployed force down money-wages, *unless the point of effective demand increases*, employers, in the aggregate, would still hire the same volume of employment. [...] Disappointed workers, therefore, can reduce money wages *until they are blue in the face*“ (Davidson, 1998, S. 826, Hervorhebung im Original)

In dem Beitrag aus dem Economic Journal, dem dieses Zitat entstammt, untersucht Davidson die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern seit 1973 aus einer postkeynesianischen Perspektive. Dabei liefert er einige jener Überlegungen, die man aus keynesianischer Sicht in Blanchards Artikel vermissen muss. Er erläutert die Bestimmung der Be-

schäftigung ausgehend von Keynes' Prinzip der effektiven Nachfrage, die sich – wie gesehen – fundamental unterscheidet von den natural rate Theorien der Neoklassiker oder eben der Neukeynesianer. Und, und das halte ich für wesentlich, er stellt dabei den Zusammenhang her zwischen den weltwirtschaftlichen Entwicklungen seit 1973 und der Beschäftigungsentwicklung. Die Aufgabe des internationalen Zahlungssystems von Bretton Woods ist für Davidson die Ursache nicht nur für die Ölpreisschocks der 70er und frühen 80er Jahre, sondern auch für die im Zuge zunehmender globaler Unsicherheiten zurückgehende Investitionstätigkeit. Die Verlangsamung des technischen Fortschritts seit Mitte der 70er Jahre, von Blanchard und Co. typischerweise als ein exogener „negativer Schock“ für die Industrieländer interpretiert, kann als unmittelbare Folge der rückläufigen Investitionstätigkeit interpretiert werden.

Diese Sichtweise lässt sich stützen durch neuere Beiträge zur Investition unter Unsicherheit, die sich auf den von Keynes hervorgehobenen Unterschied zwischen kalkulierbarem Risiko und fundamentaler Unsicherheit stützen. Pindyck und Dixit haben in einer Serie von Publikationen (zusammengefasst in Dixit und Pindyck, 1994) darauf aufmerksam gemacht, dass bei Vorliegen von irreversiblen (versunkenen) Kosten von Investitionsprojekten der Grad der Unsicherheit (etwa im Hinblick auf Nachfrage-, Preis- oder – wichtig für post-1973 – die Wechselkursentwicklung, etc.), die effektiven Kapitalnutzerkosten erhöht. Damit liegt die erforderliche Kapitalrendite für Investitionsprojekte höher als jene, die in neoklassischen Modellen anhand der üblichen Finanzierungsregel ermittelt wird, wonach der mittelfristig erzielbare Absatzpreis des durch die Investition ermöglichten Outputs mindestens so hoch sein muss wie die Durchschnittskosten. Die Folge ist, dass in Gegenwart größerer Unwägbarkeiten Unternehmen auch langfristig einen geringeren Kapitalstock anstreben, was gesamtwirtschaftlich zu einer Kapitalakkumulation führt, die hinter dem Potential zurückbleibt, mit Konsequenzen für die erreichbare Höhe der Beschäftigung.

Erneut zeigt sich hier die Bedeutung der Pfadabhängigkeit ökonomischer Größen, die ich vorhin als beschrieben bezeichnet habe. Geringere Investitionen heute bedeuten einen geringeren Kapitalstock morgen, bedeuten eine geringere Arbeitsproduktivität und damit c.p. steigende Reallöhne, bedeuten höhere Arbeitslosigkeit, die sich darüber hinaus bei längerer Dauer zu verfestigen droht. Die lange Frist als Summe kurzer Fristen ist dann aber eben nicht zwangsläufig gekennzeichnet durch die Bewegung zu einem optimalen, von Angebotsbedingungen und Technologie bestimmten Gleichgewichtspfad, wie er in neoklassischen oder auch neukeynesianischen Modellen angenommen wird. Stattdessen tendiert die „natürliche“ Arbeitslosenquote wie ausgeführt zur Anpassung an die tatsächliche Quote, die wiederum durch makropolitische Maßnahmen beeinflussbar ist.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass aus keynesianischer Sicht der Wirtschaftspolitik bei liberalisierten Finanzmärkten und praktisch unbegrenzter Kapitalmobilität eine noch viel stärkere Verantwortung für die Sicherung eines langfristig hohen Beschäftigungsniveaus zukommt als unter dem Bretton-Woods-Regime der festen Wechselkurse und internationalen Kapitalkontrollen. Und genau daran haperte es aus keynesianischer Sicht in Europa, und gerade in Deutschland, in den vergangenen – man muss schon sagen: Jahrzehnten am meisten. Laurence Ball hat in seinem Brookings Paper aus dem Jahr 1999 den Einfluss von Hysteresiseffekten auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit unter verschiedenen geldpolitischen Regimen untersucht. Die Reaktionen auf die Angebotsschocks und die anschließenden schweren Rezessionen in den 70er und 80er Jahren, so zeigt sich, waren sehr unterschiedlich:

„In some countries, central banks responded with sharp monetary easing. These policies produced spurts of rapid growth that brought output back to trend and reduced unemployment to roughly its level before the recession. In other countries, policy remained tight despite the recession because policy-makers wanted to reduce inflation further [...]. In these countries the recessions eventually ended, but without the spurt of rapid growth needed to bring output back to its previous trend. Unemployment stayed high and inflation eventually stabilized, implying a higher NAIRU.” (Ball, 1999, S. 192)

Der ersten Gruppe von Ländern ordnet Ball insbesondere die USA zu, während Deutschland mit seiner stabilitätsorientierten Bundesbank wenig überraschend in der zweiten Gruppe landet. Während also die Investitionstätigkeit seitens der Geldpolitik nur wenig Ermutigung erfuhr, ist auch ein zweiter Posten der effektiven Gesamtnachfrage in Europa inzwischen nachhaltig unter die Räder gekommen. Die Rede ist von der Staatsnachfrage, die durch die zunehmende Skepsis gegenüber staatlicher Verschuldung immer weniger in der Lage war, nachfragestabilisierende Funktionen wahrzunehmen. In den 90er Jahren schließlich kamen unter dem Mantel des Maastricht-Vertrags rigide Sparpolitik und restriktive Geldpolitik in Europa zu einem unheiligen Bund zusammen. Robert Solow kommentierte 2000 lakonisch in seinem sehr lesenswerten CESifo-Artikel:

„It is not a new thought that the imposition of the Maastricht criteria and the rush to satisfy them have forced European economies into fiscal consolidation and high real interest rates. The only dream-like aspect of this is the belief sometimes expressed and tacitly accepted that this can have nothing to do with high unemployment.” (Solow, 2000, S. 9)

Ich möchte an dieser Stelle anderen Referenten nicht allzu sehr vorgreifen, die sich noch eingehender mit Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik in einem keynesianischen Ansatz beschäftigen werden. Daher gehe ich zum Abschluss auf jene Punkte ein, die mir im Hinblick auf eine öffentlichkeitswirksame Darstellung eines keynesianischen Ansatzes zur Erklärung der Beschäftigungsentwicklung als besonders bedeutsam erscheinen.

Der erste Punkt hat mit Politikberatung zu tun: Ich bin mehr denn je überzeugt, dass wir ein keynesianisches makroökonomisches Modell benötigen. Ich weiß, dass am IMK, das hier heute vertreten ist, daran gearbeitet wird. Diese Unternehmung ist wirklich wichtig. Gefühle, ja sogar objektive intellektuelle Überlegenheit genügt nicht, um sich durchzusetzen. Cambridge-England hat nach Meinung objektiver Beobachter die Kapitalkontroverse mit Cambridge-USA für sich entschieden, aber genutzt hat es ihnen nichts: bis heute stützen sich alle langfristigen Wachstumsmodelle auf aggregierte Produktionsfunktionen. Im Moment ist das Problem: Ohne ökonometrische Simulationen mit einem Makro-Modell kann man keine Politikempfehlungen mehr abgeben, die auch ernst genommen werden, aber alle existierenden Modelle basieren in ihren Beschäftigungsgleichungen auf der Grenzprodukt-Hypothese der Arbeitsnachfrage und können schon allein deshalb keynesianische effektive Nachfrageausfälle überhaupt nicht abbilden. Dafür garantieren sie, dass strukturelle Reformen, und *allein* strukturelle Reformen, zu einem nennenswerten Abbau der Arbeitslosigkeit führen.

Hinzu kommt, dass die üblichen Ansätze zur Schätzung des Produktionspotentials, die letztendlich alle darauf beruhen, dass ein Trend über einen langfristigen Durchschnitt extrapoliert wird, die keynesianische Überzeugung ignorieren, dass Volkswirtschaften im Schnitt häufiger unter Potential wachsen als über Potential. Wenn die Federal Reserve auf solche Schätzungen gehört hätte, wäre der Aufschwung in den USA Mitte/Ende der 90er Jahre durch steigende Zinsen abgebrochen worden. Damals waren Ökonomen überzeugt, die NAIRU liege im Bereich von 6,5 %. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit sank schließlich auf vier Prozent, ohne dass ein bedeutsamer Preisauftrieb zu konstatieren gewesen wäre.

Und schließlich wäre es erstrebenswert, die Konsequenzen einer pfadabhängigen Entwicklung ökonomischer Größen wie Beschäftigung und Kapitalstock in einem Modell abzubilden. Es ist einfach frustrierend, das neoklassische Ökonomen in Deutschland nach wie vor behaupten können, es sei doch egal, ob Geld gespart statt konsumiert werden, denn gespartes Geld komme doch zwingend als Investitionsnachfrage oder Auslandsnachfrage in den Kreislauf zurück. Hier macht der Vortrag von Herrn Caspari Mut, der ausgeführt hat, dass bei Berücksichtigung des IS-Problems Modelle keynesianische Resultate abbilden können.

Der zweite Punkt betrifft ein mögliches theoretisches Forschungsprogramm, das auf zentralen, aber wie gesehen weitgehend aus dem Fokus der Forschung geratenen Einsichten von Keynes basiert und diese in den Zusammenhang der heutigen globalisierten Wirtschaftswelt setzt. Keynes' Empfehlung in Reaktion auf die „Globalisierung“ seiner Zeit und ihre unmittelbaren Folgen bestand genau in einer Abkehr von wirtschaftspolitischen Empfehlungen, die auf der von ihm attackierten klassischen Theorie ausgesprochen wurden und bis heute wer-

den. Mit Blick auf die Gestaltung des internationalen Handels- und Zahlungssystems bemerkt Keynes in der „General Theory“:

„In truth, the opposite [of the received wisdom] holds good. It is the policy of an autonomous rate of interest, unimpeded by international preoccupations, and of a national investment programme directed to an optimum level of domestic employment, which is twice blessed in the sense that it helps ourselves and our neighbours at the same time. And it is the simultaneous pursuit of these policies by all countries together which is capable of restoring economic health and strength internationally, whether we measure it by the level of domestic employment or by the volume of international trade.”

(Keynes, 1936, Ch. 23, Sc. 3,4)

Die einschneidenden weltwirtschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten – nach dem Zusammenbruch des von Keynes maßgeblich mitgestalteten Bretton Woods Systems – machen entsprechende Anpassungen einer auf Keynes aufbauenden Theorie zwar unausweichlich. Wie Kurth Rothschild unlängst im Interview mit der Zeitschrift „Intervention“ bemerkte: „Bei Keynes sind die Bösen noch die Rentiers, die nicht investieren wollen. Jetzt sind diejenigen das Problem, die überall investieren können und dadurch die Macht haben, ökonomisch ganze Regionen zu beeinflussen.“ Aber heute wie damals gilt, dass die Globalisierung das Leben vieler Menschen in Aufruhr bringt, und dass das Interesse an einer umfassenden und realitätsnahen Theorie zunimmt. Man darf mit einiger Überzeugung die Ansicht vertreten, dass ein mit Keynes' Prinzip der effektiven Nachfrage ausgestatteter Ansatz dabei erfolgreicher sein kann als der neoklassische Mainstream, der dieses Prinzip nach wie vor weitgehend ignoriert. Einmal mehr könnte dann eine einschneidende sozioökonomische Entwicklung zu einem „keynesianischen Umbruch“ im ökonomischen Denken führen.

Literaturverzeichnis

Ball, Laurence (1999):

"Aggregate Demand and Long-Run Unemployment", in: *Brookings Papers on Economic Activity*, 1999 (2), S. 189-251.

Blanchard, Olivier (2005):

"European Unemployment – The Evolution of Facts and Ideas", NBER Working Paper No. 11750.

Blanchard, Olivier J. und Justin Wolfers (2000):

"The Role of Shocks and Institutions in the Rise of European Unemployment: The Aggregate Evidence", in: *Economic Journal*, 2000, 110(462), S. C1-C33.

Davidson, Paul (1998):

"Post Keynesian Employment Analysis and the Macroeconomics of OECD Unemployment", in: *Economic Journal*, 1998, 108(448), S. 817-831.

Dixit, Avinash und Robert S. Pindyck (1994):

Investment Under Uncertainty. Princeton, 1994.

Friedman, Milton (1968):

"The Role of Monetary Policy", in: *American Economic Review*, 1968, 58(1), S. 1-17.

Jorgenson, Dale (1963):

"Capital Theory and Investment Behavior", in: *American Economic Review*, 1963, 53(2), S. 247-259.

Keynes, John Maynard (1936):

"The General Theory of Employment, Interest and Money", London 1936.

Leijonhufvud, Axel (2004):

"Celebrating Ned", in: *Journal of Economic Literature*, 2004, 42(3), S. 811-822.

Patinkin, Don (1965):

"Money, Interest and Prices", 2nd Edition, New York 1965.

Solow, Robert M. (2000):

"Unemployment in the United States and in Europe - A Contrast and the Reasons".

CESifo Working Paper Nr. 231, 2000. (Online abrufbar unter:

<http://www.cesifo.de/pls/guestci/download/f4012/wp231.pdf>.)